

SPD-Stadtratsfraktion und ÖDP-Stadtratsfraktion / Gemeinsamer Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dupper,
lieber Jürgen,

die ÖDP- und SPD-Stadtratsfraktion beantragen gemeinsam:

1. Das Stadtratsplenum wird über die aktuell angewandten Tarife am Eigenbetrieb Klinikum und der angegliederten Service-GmbH und Privatklinik Dr. Hellge GmbH & Co. KG informiert. Hierbei sollen insbesondere die unterschiedlichen Vergütungshöhen für die gleiche Tätigkeit abhängig vom angewandten Tarif exemplarisch dargestellt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten darzustellen, die Ungleichbehandlung der Mitarbeiter im Sinne der Ziffer 1 abzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Service GmbH mittelfristig liquidiert werden kann.

Begründung:

Die Beschwerden mehrerer Mitarbeiter der Service GmbH zeigen bzw. lassen befürchten, dass für gleiche Arbeit eine ungleiche Entlohnung erfolgt. Bei einem Beispiel, das uns bekannt wurde, beträgt die Differenz über 600 EUR. Der verhältnismäßig geringe Grundlohn in der Service GmbH stellt dabei keine adäquate Vergütung für die verrichteten Tätigkeiten dar.

Überdies bestehen für Mitarbeiter der Service GmbH kaum Perspektiven, nachdem es sich nach unserer Kenntnis so verhält, dass es in der Service GmbH keinen Bewährungsaufstieg gibt, so dass langjährige Mitarbeiter den gleichen Lohn wie Neueinsteiger erhalten.

Die Gründung der Service GmbH war seinerzeit verständlich und nachvollziehbar, war diese Gründung doch der gesamtwirtschaftlichen Situation des Klinikums und der „Kliniklandschaft“ im Allgemeinen geschuldet.

Die Mitarbeiter am Klinikum, insbesondere aber auch der Werkleiter, haben in den letzten Jahren das Klinikum wirtschaftlich gestärkt und zu einer äußerst positiven Gesamtentwicklung beigetragen.

Aus diesem Grund sehen wir es endlich an der Zeit, die Notwendigkeit der geschaffenen Service GmbH auf den Prüfstand zu stellen. So hat nach unseren Informationen etwa auch das Klinikum Bayreuth nach positiver Entwicklung wieder das gesamte Personal in den TVÖD zurückgeführt.

Nachdem Gesellschafterin der Service GmbH die Stadt Passau ist, erachten wir vorliegend das Plenum als zuständig. Sollte dem nicht so sein, wird gebeten, diesen Antrag dem zuständigen Gremium zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Sturm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Urban Mangold
für die ÖDP-Stadtratsfraktion